

primavera begrüsst den Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 20.3931 und 21.3015

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 den Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik verabschiedet. primavera war in der Begleitgruppe des Bundesamts für Landwirtschaft aktiv involviert und hat an drei Workshops an der Erstellung des Berichts mitgewirkt. Der Bericht geht in die richtige Richtung und wird begrüsst, auch wenn er im Hinblick auf die Umsetzung da und dort noch justiert werden muss.

Die Vision des Bundesrats für 2050 lautet: «Ernährungssicherheit durch Nachhaltigkeit von der Produktion bis zum Konsum». Das ist eine zeitgemässe und dennoch mutige Ansage, die so viel besser ist als die bisherige Vision («Die Land- und Ernährungswirtschaft ist über alle Stufen markt- und wertschöpfungsorientiert. Sie stellt ressourcenschonend Qualitätsprodukte für das In- und Ausland her und erbringt die von der Gesellschaft erwarteten Leistungen»). Weshalb ist das so?

Zum einen will der Bundesrat – endlich, wie man zu sagen versucht ist! – verschiedene Bereiche der Politik in die Gestaltung der Agrarpolitik miteinbeziehen. Das ist dringend nötig: Umwelt-, Ernährungs- oder Gesundheitspolitik sind von agrarpolitischen Entscheidungen häufig stark betroffen und müssen deshalb im Vorfeld solcher Entscheidungen berücksichtigt werden, damit eine Lösung möglichst allen Bereichen nützt und nicht Zielkonflikte befeuert.

Zum anderen anerkennt der Bundesrat, dass der lebensmittelverarbeitende Sektor heterogen aufgestellt ist und so vor unterschiedlichen Herausforderungen steht. Relevant sei dabei «insbesondere die Unterscheidung zwischen den binnenmarktorientierten und exportorientierten Branchen». Während die hohen Rohstoffpreise für die exportorientierten Branchen eine grosse Herausforderung darstellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten verringern, sind die Verarbeitungsbetriebe der ersten Stufe auf Zölle angewiesen, die nicht nur die landwirtschaftlichen Produzenten schützen, sondern auch die Industrie. Dabei anerkennt der Bundesrat explizit, dass es in der Schweiz hohe gesetzliche Produktionsanforderungen an die inländische Landwirtschaft gibt, die mittels staatlicher Stützungsmaßnahmen wie Direktzahlungen oder Grenzschutz aufgefangen werden müssen. Die Agrarpolitik trage damit «höheren Aufwänden aufgrund unterschiedlicher Produktionsanforderungen, einem höheren allgemeinen Kostenumfeld und aufgrund von Produktionserschwernissen indirekt Rechnung». Aber nicht nur das; es gelte im Fall von Anpassungen beim Grenzschutz zu berücksichtigen, dass «es zu einem Ungleichgewicht zwischen Wettbewerbsvorteilen (Grenzschutz, Subventionen etc.) und Wettbewerbsnachteilen (hohe gesetzliche Produktionsanforderungen, hohes Kostenumfeld etc.) kommen» könne, der «Handlungsbedarf zur Abfederung einer Anpassung des Grenzschutzes» nach sich ziehen könne. Diese Einsicht und ihre explizite Formulierung sind als wichtige Entwicklung in die richtige Richtung zu werten und werden sehr begrüsst.

Weiter anerkennt der Bundesrat die Notwendigkeit, nicht nur die landwirtschaftlich nutzbare Fläche in der Schweiz qualitativ und quantitativ zu erhalten, sondern die vorhandene Ackerfläche vermehrt dem Anbau von Kulturen zur direkten menschlichen Ernährung wie

Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölsaaten und Gemüse zu widmen. Genau darauf zielt auch das Engagement von primavera ab: Die möglichst hohe Selbstversorgung unseres Landes mit solchen Grundnahrungsmitteln, die nachhaltig und gesund ist.

Abzulehnen sind hingegen im Bericht erwähnte (althergebrachte) Meinungen, wonach die im Vergleich mit dem Ausland höheren Preise für Lebensmittel in der Schweiz nicht in Bezug zu den externen Kosten stünden, sondern auf den hohen Grenzschutz für Landwirtschaftsprodukte zurückzuführen seien. Es ist genau umgekehrt: Das hohe Kostenumfeld, die strengen Produktionsanforderungen und die Produktionerschwernisse aufgrund topografischer und klimatischer Gegebenheiten müssen durch einen massvollen Grenzschutz aufgefangen werden, um gegenüber dem Ausland gleich lange Spiesse zu haben. Natürlich beeinflusst dies indirekt Angebot und Preise der Schweizer Produkte.

Auch das seit langer Zeit vorgeschlagene Mittel der «Ausrichtung auf eine gemeinsame Qualitätspositionierung der Lebensmittel mit Schweizer Herkunft sowie die Nutzung von Potenzialen zur Kostensenkung» zur Abfederung eines möglichen Abbaus des Grenzschatzes muss im Bereich der Grundnahrungsmittel zurückgewiesen werden. Schweizer Herkunft lässt sich im Bereich dieser Commodities kaum (preislich) abbilden.

Wichtig ist in jedem Fall, dass im Rahmen zu erwartender weiterer bilateraler Abkommen Nachhaltigkeitsbestimmungen verankert werden und bei Produkten, die aus Nachhaltigkeitsicht besonders problematisch sind, Zollkonzessionen nur im Einklang mit Nachhaltigkeitsstandards erteilt werden, wie das etwas beim CEPA mit Indonesien der Fall ist.

Insgesamt hat der Bundesrat einen gelungenen und ausgewogenen Bericht vorgelegt, den es jetzt mit der nötigen Sorgfalt und Konsequenz umzusetzen gilt. primavera wird dies mit wachsamem Auge begleiten.

Kontaktperson:

Urs Reinhard, Geschäftsführer primavera
Effingerstrasse 6A
3011 Bern
031 529 5031 / 076 574 5393

primavera ist der Verband der Lebensmittelindustrie der ersten Verarbeitungsstufe. Unsere Mitglieder stehen ein für eine nachhaltige und regionale Produktion von Lebensmitteln im partnerschaftlichen Verbund zwischen der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie. Sie setzen sich ein für einen produktiven und starken Agrar- und Lebensmittelsektor in der Schweiz und streben den Erhalt von optimalen Rahmenbedingungen für die produzierende Lebensmittelindustrie der ersten Verarbeitungsstufe und die daraus folgenden Produkte in der Schweiz an.